



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Rat der Stadt Aurich

Drucksachen-Nr.
18 | 094



Grün-Alternative Politik
GAP
Im Auricher Stadtrat

Ingeborg Hartmann-Seibt
Vorsitzende
Blücherstraße 20
26603 Aurich
Telefon: 0 49 41 – 6 19 10
Handy: 0 171-5 44 88 11
inge.hartmann-seibt@t-online.de

Gunther Siebels- Michel
Vorsitzender
Achteck 9
26605 Aurich
Fon: 04941/80129
Fax: 04941/80129
Gsiebels@aol.com

Aurich, 18.4.2018

An die
Stadt Aurich
Herrn Bürgermeister Windhorst
Bgm. –Hippen-Platz
26603 Aurich

Stadt Aurich
Vorz. Bgm.

Eing.: 23. April 2018

Abt.: M.4

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
die Gruppe SPD/GAP bittet Sie, diesen Antrag an die entsprechenden Gremien des Rates der Stadt Aurich weiterzuleiten und auf der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Energie am 8.5.2018 zu beraten.

Für die Beratung dieses Themas hat sich Herr Rolf Runge vom Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) aus Aurich bereiterklärt auf der Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses über diese Problematik zu berichten. Der Ausschuss hatte seinerzeit beschlossen Vertreter der Naturschutzverbände zu naturschutzrelevanten Themen anzuhören. Wir bitten Sie, den Ratsmitgliedern die angehängte Onlineinformation des BUND zur Kenntnis zu geben.

Beschlussvorlage „Pestizidfreie Kommune“

Der Rat der Stadt Aurich beschließt dass die Stadt Aurich:

1. weiterhin auf allen kommunalen Flächen (Kulturland sowie Nichtkulturland) keine chemisch-synthetischen Pestizide (Pflanzenschutzmittel) sondern nur thermische (Heißwasser) und mechanische (Wildkrautbürste) Mittel einsetzt.
2. private Dienstleistungsunternehmen, die den Auftrag zur Pflege öffentlicher Flächen erhalten, ebenfalls zu einem Pestizidverzicht verpflichtet.
3. verstärkt auch außerhalb der Straßenräume bienen- und insektenfreundliche Blühflächen oder Projekte initiiert.
4. bei der Verpachtung kommunaler Flächen für eine landwirtschaftliche Nutzung bei Neuabschluss sowie Vertragsverlängerung künftig ein Verbot des Einsatzes von Pestiziden im Pachtvertrag verankert.
5. private Firmen mit kommunaler Beteiligung zur pestizidfreien Bewirtschaftung auffordert.
6. bei städtischen Grundstücken, die zur gärtnerischen Nutzung an Anwohner überlassen worden sind bzw. bei Mietverträgen mit Gartenflächen die Mieter/Pächter zu einer pestizidfreien Bewirtschaftung der stadteigenen Flächen auffordert und einen solchen Einsatz in künftigen Mietverträgen zu untersagt
7. Bürger*innen über die Bedeutung von Biodiversität in der Stadt informiert und gleichzeitig Möglichkeiten zum Schutz von Bestäubern wie Bienen und Wildbienen sowie giftfreie Maßnahmen beim Gärtnern aufzeigt.

Begründung

In Städten und Gemeinden werden Pestizide – z.T. auch glyphosathaltige Mittel - eingesetzt, um Wege in Parks, Sport- und Spielplätze, Grünanlagen oder Straßenränder frei von unerwünschten Kräutern und Gräsern zu halten oder um gegen ungeliebte Insekten vorzugehen. Viele der Mittel stehen im Verdacht, Krebs zu erregen, die Fortpflanzung zu schädigen oder eine hormonelle Wirkung zu haben. Auf öffentlichen Flächen wie beispielsweise Sport- und Spielplätzen können die Wirkstoffe in direkten Kontakt mit den Bürger*innen kommen. Insbesondere für Kinder und Schwangere ist das eine Gefahr. Auch Haustiere wie Hunde und Katzen sind den Stoffen schutzlos ausgeliefert.

Für viele Tier- und Pflanzenarten im städtischen Raum sind Pestizide ein Verhängnis. Denn nicht nur die unerwünschten Wildkräuter und Insekten werden beseitigt, sondern auch Honigbienen, Wildbienen, Schmetterlinge und Fledermäuse. Entweder töten und schädigen Pestizide Insekten oder Wildkräuter direkt oder sie dezimieren ihren Lebensraum und ihre Nahrung. Von den fast 600 Wildbienen-Arten in Deutschland steht rund die Hälfte auf der Roten Liste. Dabei sind blütenbesuchende Insekten unentbehrlich für die Bestäubung von Wild- und Kulturpflanzen. Sie erhalten die Pflanzenvielfalt und sichern landwirtschaftliche Erträge und damit unsere Ernährung. Laut Welternährungsorganisation sind weltweit rund zwei Drittel unserer Nahrungspflanzen auf Bestäuber angewiesen. In Städten und Gemeinden sichern Honigbienen, Wildbienen und Schmetterlinge den Kleingärtnern eine gute Obsternte und den Stadt-Imkern reichlich Honig.

Weltweit und auch in Deutschland erleben wir einen zunehmenden Verlust der Artenvielfalt. Grund dafür ist vor allem die intensive Landwirtschaft. Dort dominieren meist Monokulturen, die intensiv mit Pestiziden gespritzt werden. Hecken oder Blühflächen, als Rückzugsgebiete und Nahrung für viele Insekten, Vögel und Säugetiere fehlen oft komplett. Über 40.000 Tonnen Pestizide belasten jährlich in Deutschland die Umwelt, Tendenz steigend. Das Ziel der Nationalen Biodiversitätsstrategie, den Verlust von Arten zu stoppen, kann mit dem aktuellen Pestizideinsatz nicht erreicht werden.

Siedlungsgebiete sind oft letzte Rückzugsorte für bedrohte Arten, die in der Agrarlandschaft keinen Lebensraum mehr finden. Kommunen können hier Verantwortung und eine Vorreiterrolle für den Artenschutz übernehmen, indem sie bei der Flächenpflege keine Pestizide einsetzen. Auch für die menschliche Gesundheit, die Lebensqualität und den Tourismus ist der Pestizidverzicht ein Gewinn. Bundesweit über 50 Städte sind bereits ganz oder teilweise pestizidfrei, einige von ihnen sogar schon seit über 20 Jahren. Die möglichen Maßnahmen sind vielfältig. So werden Flächen mit mehrjährigen Stauden bepflanzt, die Insekten ein ganzjähriges Blütenangebot und damit Nahrung und Lebensraum schaffen. Frühzeitiges Reinigen von Verkehrsflächen und planerische Weitsicht bei der Bebauung sind wichtige Elemente, um einen zu starken Bewuchs zu verhindern. Alternativen zur Chemiekeule sind vielfältige mechanische und thermische Verfahren. Besonders wichtig ist dabei immer die Kommunikation mit den Bürger*innen, um die notwendige Akzeptanz zu schaffen.

Ingeborg Hartmann-Seibt

SPD- Fraktion

Gunther Siebels- Michel

GAP